

Keine Garantie auf Demokratie

Aufbruch in der arabischen Welt Gastkommentar

Muriel Asseburg

Die Führer der arabischen Welt haben den Sturz des tunesischen Präsidenten mit Sorge beobachtet und verfolgen jetzt auch den Aufstand in Ägypten sowie die Massenproteste in anderen Staaten der Region mit wachsender Unruhe. Um ein Überschwappen der Volksbewegungen zu verhindern, greifen sie zu Zensur und Verhaftungen, kündigen - weitgehend kosmetische - Reformen an und erhöhen die Subventionen für Nahrungsmittel und Treibstoff.

Hohe Arbeitslosigkeit, politische Repression und fehlende Perspektiven sind in allen Staaten der Region mit ihren jungen Bevölkerungen - rund zwei Drittel der Menschen sind unter 35 Jahren - ein großes Problem. Vor allem die besser Gebildeten, die höhere Erwartungen an ihre Zukunft hegen, sind von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihnen wurde zudem in den letzten Jahren durch eine striktere Migrationspolitik europäischer Staaten eine alternative Lebensperspektive verbaut.

Dazu kommt, dass viele die Hoffnung auf einen Wandel durch den politischen Prozess aufgegeben haben: wegen manipulierter Wahlen, unterdrückter Opposition und wegen machtloser Parlamente, die die Entscheidungsträger in ihren Ländern nicht kontrollieren können. Das ist deshalb besonders brisant, weil bei vielen die Überzeugung wächst, dass die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht in erster Linie dem Wohle der Bevölkerungen dient, sondern der Bereicherung einer korrupten Elite. Diese Wahrnehmung ist durch Enthüllungen von Wikileaks noch verstärkt worden.

Gerade die Jugendlichen sind auch in der arabischen Welt heute sehr gut informiert und vernetzt. Dank elektronischer Medien können sie trotz Zensur Entwicklungen in Nachbarländern in Echtzeit verfolgen, über soziale Netzwerke und Mobiltelefone schnell, kostengünstig und effektiv mobilisieren. Der Diskurs in der arabischen Welt wird heute nicht mehr von den Regimen gesteuert, sondern stärker durch die arabischen Satellitenkanäle, er ist von den durch Blogs, Facebook und Twitter erzeugten

Effekten der Solidarisierung und Nachahmung bestimmt. Dabei spielen die Bewegungen, die einen politischen Islam vertreten, nicht die bestimmende Rolle. Die arabische Jugend sucht nicht nach Ideologien, sondern strebt nach mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Lebensperspektiven.

Auch in anderen Ländern der Region werden sich die Proteste daher ausweiten und könnten sich durchaus zu Aufständen auswachsen. Das heißt aber keineswegs, dass das Ende der arabischen Autokratien unmittelbar bevorsteht. Und es bedeutet nicht, dass die Entwicklungen nach dem tunesischen Muster verlaufen, also, dass die Mittelschicht eine entscheidende Rolle als Trägerin des Volksaufstandes spielt und das Regime rasch zusammenbricht. Voraussagen lässt sich nicht, wann und unter welchen Umständen die Bürger ihre Angst vor der Staatsgewalt ablegen. Und: Umstürze garantieren keineswegs den Übergang zur Demokratie.

Genau deshalb sollte die EU ihre bisherige Politik gegenüber der Region kritisch überprüfen. Dass die enge Kooperation mit Diktatoren wie Ben Ali oder Hosni Mubarak keine Garantie für nachhaltige Stabilität ist, hat sich in aller Deutlichkeit offenbart. Daher empfiehlt sich die Rückbesinnung auf den ursprünglichen Ansatz der euro-mediterranen Partnerschaft, langfristige Stabilität durch wirtschaftliche und politische Öffnung anzustreben. Von diesem Ansatz hatten sich die EU-Staaten und ihre Mittelmeerpartner in den letzten Jahren weitgehend abgekehrt und stattdessen die Kooperation zur Bekämpfung von Terrorismus und irregulärer Migration ausgebaut. Die Europäer sollten jetzt einen umfassenden Umbau der politischen Systeme in Tunesien und Ägypten aktiv begleiten. Aber auch in anderen Staaten der Region sollten die Europäer durch klare Signale und die Konditionierung ihrer Unterstützung dazu beitragen, dass nicht nur kosmetische Maßnahmen ergriffen werden, sondern der Übergang zu repräsentativeren und gerechteren Systemen eingeleitet wird.

Muriel Asseburg ist Leiterin der Forschungsgruppe Naher Osten, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin.